

20. 04. 2012

●●● **Kammern erneut unter Beschuss.** Die Opposition verstärkt ihre Angriffe auf das Kammerwesen. Die Linke verlangte im vergangenen Jahr im Rahmen einer Anfrage an die Bundesregierung u.a. ausführliche Auskunft zu Wahlen, Geschäftsführergehältern, Aufwandsentschädigungen und Bilanzen bei den Handwerkskammern (HWK).....

Dabei wurden Demokratiedefizite bei Wahlen und mangelnde Transparenz kritisiert. Auf Länderebene torpedierten die NRW-Grünen die Industrie- und Handelskammern (IHK). Von der Landesregierung forderten sie, sich für die Offenlegung der Gehälter der IHK-Hauptgeschäftsführer einzusetzen und verlangten in einem Antrag die präzise Aufstellung der stillen Reserven aller IHK in NRW (Brief vom 16.12.11).

Durch die Antwort der NRW-Landesregierung auf die Grünen-Anfrage wurde bekannt: Die 16 IHK in NRW verfügen über Rücklagen in Höhe von mehr als 110 Mill. €. Zu den Geschäftsführergehältern gab es keine Informationen. Begründung der Kammern:

Einzelgehälter werden nicht veröffentlicht, weil es sich, wie auch in der freien Wirtschaft, um individuelle Einzelverträge handelt. Die Grünen fordern weiterhin die Offenlegung der Gehälter und verweisen in diesem Zusammenhang auf die Maßstäbe, die in anderen öffentlich-rechtlichen Bereichen - etwa den Sparkassen - gelten.

Die Linke macht derweil weiter Druck bei den HWK. In einem Antrag wird die Bundesregierung aufgefordert, „gesetzlichen Missständen“ durch eine Änderung der Handwerksordnung zu begegnen. Nach Ansicht der Linken seien die HWK weder demokratisch noch transparent.

Diese Defizite stellen die Legitimation der Kammern in Frage, hoheitliche Aufgaben wahrzunehmen. So verlangt die Linksfraktion eine Anpassung der Wahlordnung bei den Vollversammlungswahlen. Gefordert werden außerdem Veröffentlichungspflichten über die Höhe der Geschäftsführergehälter, Aufwandsentschädigungen, Pensionsansprüche, Aufsichtsratsmandate, Haushaltspläne und Bilanzen. Zudem fordert die Linkspartei mehr Vorgaben zur Gestaltung der Beitragsordnung: Denn je nach Kammerzuständigkeit falle die Beitragsbelastung sehr unterschiedlich aus. Fazit:

IHK und HWK müssen sich auf mächtig Gegenwind einstellen, sollte es auf Bundesebene zu einer Regierungsbeteiligung von Linken und Grünen kommen. Dann würde vermutlich am Kammerwesen gerüttelt. Sollte die SPD nach der Bundestagswahl 2013 nämlich nicht stärkste Kraft werden - und auch nicht Juniorpartner der CDU sein -, bleibt nur die Koalition mit den Grünen und der SED-Nachfolgerin. Wer glaubt noch, die SPD würde, wenn es darum geht, den Kanzler zu stellen, Die Linke nicht doch ins Boot holen?